

Jörg Hofmann

Erster Vorsitzender der IG Metall



Stahl ist Zukunft – Stahlaktionstag der IG Metall

Duisburg, 11. April 2016

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

aus dem Ruhrgebiet, aus Ostwestfalen, aus dem Siegerland, aus dem Rheinland, aus allen Stahlwerken in NRW, und auch aus Hessen und Niedersachsen seid ihr hierher auf diesen Platz gekommen.

16.000 Kolleginnen und Kollegen machen hier in Duisburg mit ihrer Gewerkschaft, mit unserer IG Metall deutlich:

Wir wollen Zukunft für unsere Arbeitsplätze!

Wir wollen Zukunft für unsere Familien!

Wir wollen Zukunft für unsere Region und wir wollen Zukunft für eine Industrie in Deutschland und Europa, die ohne Stahl nicht denkbar ist!

Stahl ist Zukunft – und daher stehen wir heute hier.

Und nicht nur hier in NRW, auch im Saarland wird heute für die Zukunft demonstriert. Über 20.000 Kolleginnen und Kollegen machen in Dillingen, Völklingen, Neukirchen und Saarbrücken zeitgleich zu uns deutlich: Saar und Ruhr brauchen den Stahl! Sonst gehen dort wie hier die Lichter aus.

Und auch zeitgleich demonstrieren 2.500 Kolleginnen und Kollegen unserer nord- und ostdeutschen Stahlindustrie vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Auch ihnen gilt unser Gruß!

Und auch an vielen anderen Stahlstandorten der Republik von Thüringen, Hessen, Baden demonstrieren hunderte Kolleginnen und Kollegen für die Zukunft des Stahls. Ja, selbst in Bayern. Wir grüßen die Kolleginnen und Kollegen der Lechstahlwerke.

Und wir danken den Kolleginnen und Kollegen von Salzgitter für ihren eindrucksvollen Auftakt am 7. April mit über 4.000 Teilnehmern.

Rund 45.000 Teilnehmer bundesweit, das ist nicht nur eine stolze Zahl, es ist der Beweis, dass bei Stahl eine Erfahrung tief verankert ist: Solidarität macht stark! Und diese Solidarität brauchen wir, Kolleginnen und Kollegen, auch jenseits der Stahlindustrie.

Wir sagen stolz und selbstbewusst:

Der Stahl war es, der dieses Land zu dem gemacht hat, was es heute ist.

Ohne die Stahlindustrie an Rhein und Ruhr hätte dieses Land nicht zweimal den Wiederaufbau nach irrsinnigen Kriegen hingekriegt.

Nach dem zweiten Weltkrieg war die EGKS - die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl - die Wiege der Montanunion, die Wiege der Europäischen Union.

Und das allein wäre Grund genug, für den Erhalt des Stahls zu kämpfen.
Aber es geht uns nicht nur um eine stolze Vergangenheit.

Es geht darum, dass auch in Zukunft Stahl aus Deutschland, aus Europa am Anfang der Wertschöpfungskette unserer Industrie stehen muss.
2016 ist ein Schicksalsjahr für die Stahlproduktion - EEG-Novelle - Emissionsrechtehandel - Stahl zu Dumpingpreisen aus China; das sind die drei großen Herausforderungen, um die es geht.

Wenn die Politik in Berlin und Brüssel nicht die richtigen Weichen stellt, dann sind sie verantwortlich dafür, dass die Hochöfen in Deutschland dicht gemacht werden, dann sind sie dafür verantwortlich, dass die Innovationspartnerschaft zwischen Stahl und Produktion zerstört wird, dann sind sie dafür verantwortlich, dass noch mehr Zukunftstechnologien nicht in Deutschland entwickelt werden.

Geht der europäische Stahl den Bach runter, dann sind Millionen von Arbeitsplätzen in Europa in Gefahr. Auf jeden Arbeitsplatz in der Stahlindustrie kommen sechseinhalb, die davon abhängen.

Und wir wissen: Ist ein Hochofen stillgelegt, ein Band abgestellt, dann kommt da nichts wieder. Dann sind auf Dauer Arbeitsplätze vernichtet.

Deshalb kämpfen wir heute nicht nur um die deutschen Stahlwerke.

In Wahrheit geht es um den Fortbestand industrieller Produktion in Europa!
Damit jetzt das Richtige entschieden wird, dafür sind gute Argumente gefragt.
Und die haben wir:

85.000 Stahlarbeiter, 85.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie in Deutschland, das sind 85.000 Argumente für den Erhalt der Stahlindustrie allein in Deutschland!

Die Bedrohung Nummer eins rollt mit der 4. Handelsperiode des Emissionshandels auf uns zu.

Um es klar zu sagen. Die IG Metall will anspruchsvolle klimapolitische Ziele.
Aber genauso klar sage ich: Die dürfen nicht zu ruinösen Kostenbelastungen für die Stahlindustrie führen.

Denn nur mit einer Balance zwischen den Klimazielen und den Beschäftigungszielen werden wir beide erreichen können – ohne sind die Arbeitsplätze weg und das Klima wird weiter belastet!

Ja, wir wollen daran mitarbeiten, dass das Klimaziel von Paris eingehalten wird.

Ja, wir wollen genauso das Ziel der EU erreichen, dass der Anteil der Industrie wieder auf 20 Prozent gesteigert wird – und wer beides zusammenbringen will, der muss die Industrie und die Gewerkschaften mit an den Tisch nehmen.

Die emissionsärmste Weltregion ist die Eiswüste der Antarktis. Da pupsen nur ein paar Eisbären – aber sonst ist da kaum Leben.

Hier in Europa leben wir aber nicht auf einer Eisbäreninsel – das kann doch nicht unsere Vorstellung von Zukunft sein!

Deutschland hat die umweltfreundlichste Stahlproduktion weltweit. Und wir werden auch künftig durch Innovationen Emissionen weiter senken.

Und das können wir auch! Und das beweisen wir seit Jahrzehnten:
Ja, zur gesunden Umwelt, Ja, zu Lebensqualität durch strenge Emissionsregeln - umgesetzt durch Innovation und Gestaltungskraft - das ist der richtige Weg!

Denn niemand kann auch nur im Entferntesten annehmen, dass dem Weltklima gedient ist, wenn die Stahlproduktion nach China verlagert wird.

Nichts ist gekonnt, wenn Stahlproduktion in Deutschland und Europa verloren geht. Dann wird Stahl dort produziert, wo es für das Klima um ein Vielfaches schädlicher ist. Es gibt keinen chinesischen Willy Brandt, der vor Jahrzehnten alles daran gesetzt hat, dass der Himmel über der Ruhr wieder blau ist.

Deshalb muss die Stahlindustrie weiter zum Carbon-Leakage Sektor gehören!
Deshalb brauchen wir wieder die Zuteilung freier Emissionszertifikate! Und dies mit einem Verteilschlüssel, der eben auch Anreiz bietet für mehr Klimaschutz und gerade nicht die Investitionskraft dafür ruiniert.

Und wir wollen, dass weiter die 10-Prozent klimafreundlichsten Stahlwerke zu 100 Prozent eine freie Zuteilung in der Höhe ihrer Stahlproduktion bekommen.

Das ist der richtige Anreiz: Wer die Umwelt schont, spart Geld – das ist doch mal eine gute Geiz-ist-geil-Strategie.

Und das muss fair, verbindlich und vor allem schnell gehen – so viel Zeit wie die Bürokraten meinen, hat der Stahl in Europa nicht mehr – hier tickt die Uhr!

Denn Fakt ist, dass viele Investitionen zur Zeit zurückgehalten werden. Unternehmen investieren nicht oder zu wenig, weil sie fürchten, dass ihnen entweder die drohenden Verschlechterungen beim Emissionsrechtehandel oder der Dumpingstahl das Licht auspusten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Dumping-Stahl - das ist mein zweites Stichwort und die vermutlich größte Bedrohung für die europäische Stahlindustrie.

Die Fakten sind schlicht:

China hat Überproduktionen im Umfang von 112 Millionen Tonnen. Also setzt man auf den Export. Allein in Europa sind seit 2012 die chinesischen Stahlimporte von 2,7 auf 7,2 Millionen Tonnen gestiegen. Das sind sagenhafte 162 Prozent!

Und das kriegen sie hin mit einer Preispolitik, die mit aggressiv unzureichend beschrieben ist. Sie verkaufen unter Herstellungskosten.

Und erzwingen damit einen massiven Preisverfall auch bei den deutschen und europäischen Herstellern. Und das führt dazu, dass selbst da, wo die Auslastungen gut sind, kaum noch Geld verdient wird.

Allein in den letzten 12 Monaten sind die Preise für Warmbreitbandstähle um ein Viertel eingebrochen. Im Vergleich mit den Preisen aus 2011 sind es sogar 45 Prozent - das kann die Branche nicht verkraften!

Das sind nicht die Gesetze der Marktwirtschaft.
Das ist unlauterer Wettbewerb!

Deshalb ist hier die Politik gefragt - die Regel muss doch lauten:
Wer, wie China, als Marktwirtschaft anerkannt werden will, hat sich auch an die Marktgesetze zu halten! Da ist die grundsätzliche Frage, ob denn China die Voraussetzungen einer Marktwirtschaft erfüllt, fast schon nebensächlich. Denn eines ist sicher: Staatlich subventioniertes Dumping gehört nicht dazu!

Das Mindeste wäre, Dumpingimporten klare Grenzen zu zeigen.
Das ist auch möglich: die EU hat mit den sogenannten Trade Defence Instruments Schutzinstrumente gegen unfaire Handelspraktiken.

Aber die Brüsseler Mühlen mahlen bekanntlich eher langsam:
Es gibt erste Schutzzölle: die liegen für einzelne Produkte zwischen 13,8 und 16 Prozent. Und es dauert Monate, bis sie greifen.

Die USA haben da schon den Turbo angeschaltet: Für Kaltwalzstahl zum Beispiel liegt der Zoll bei 266 Prozent. Und die Reaktionszeit wird in Wochen gemessen.

Wir fordern, unabhängig von der Frage der WTO-Mitgliedschaft Chinas: Keine Vernichtung von Arbeitsplätzen in Europa durch staatlich gestützte

Dumpingangebote aus anderen Weltregionen! Und das gilt nicht nur für Stahl, das betrifft auch andere Branchen.

Wir wollen keinen Protektionismus, wir sind stark im Wettbewerb, wenn es um Qualität und Produktivität geht. Aber wir wollen einen fairen Wettbewerb – und keinen Unterbietungskampf mit Dumpingangeboten.

Und es ist Aufgabe der Politik, Kolleginnen und Kollegen, für diesen fairen Wettbewerb zu sorgen.

Bedrohung Nummer drei ist die anstehende EEG-Novelle. Bisher sind die Eigenstromanlagen von einer EEG-Belastung ausgenommen. Und das ist auch gut und richtig so! Und das muss auch so bleiben!

Früher wurden Kuppelgase, die bei der Stahlproduktion entstehen, einfach abgepackelt. Ihr alle kennt noch das Bild von brennenden Fackeln nicht nur im Ruhrgebiet. Heute werden die Kuppelgase ökologisch sinnvoll genutzt, um Strom zu erzeugen - 50 Prozent des gesamten Energiebedarfs der Stahlindustrie wird darüber gedeckt.

Also: eine gute und sinnvolle winwin-Strategie für die Unternehmen und für die Umwelt. Der Bestandsschutz für diese Regelung gilt bis 2017. Die Frage ist: Was ist danach? Zusätzliche Belastungen machen diese Nutzung unwirtschaftlich.

Die Eigenstromnutzung muss belastungsfrei bleiben!
Das ist unsere Forderung! Sie ist richtig! Und sie trägt dazu bei, die Zukunft des Stahls zu sichern!

Genauso richtig ist, dass wir die Sicherung der Stahlindustrie zusammen mit den Arbeitgebern, den Vorständen der Stahlindustrie fordern.

Viel Unruhe lösen Spekulationen über mögliche Neustrukturierungen in der deutschen Stahlindustrie aus.

Jeder weiß: Wir haben viele Umstrukturierungen in der europäischen Stahlindustrie hinter uns und dieses Rad wird sich weiterdrehen.

Aber wir sagen klar und deutlich: Das geht nur mit den Belegschaften und niemals gegen sie! In der Montanmitbestimmung schon gar nicht!

Und da ist es völlig daneben, wenn Vorstände hier durch Gerüchte verunsichern. Ich sage: Arbeitsplätze und Standorte sind tabu für Monopoly-Spiele von Finanzinvestoren und kurzfristigen Profitinteressen!

Und wer meint, er müsse als letzter Vollstrecker in die Geschichte eingehen, dem kann ich nur sagen: Dieses Geschichtsbuch ist noch nicht geschrieben – dagegen steht die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen, dagegen steht die Montanmitbestimmung und dagegen steht die IG Metall!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Wir sind hier, weil die Bedrohungen für die Stahlindustrie existenziell sind. Weil sie für die gesamte industrielle Wertschöpfungskette in der Metallindustrie massive Folgen haben werden!

Wie wichtig eine starke und robuste Industrie ist, das ist uns nicht zuletzt während der Wirtschaftskrise 2008 deutlich vor Augen geführt worden! Das darf keiner auf's Spiel setzen!

Und die Industrie hat ein Herz aus Stahl – das muss weiter schlagen!

Deshalb müssen wir jetzt mit aller Macht dafür kämpfen, dass der Stahl eine Zukunft hat. Stahl ist Zukunft, ihr braucht eine Zukunft, wir kämpfen für eine Zukunft.

Und das tun wir gemeinsam - das macht die gesamte IG Metall!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ihr könnt Euch auf die Solidarität Eurer IG Metall verlassen!

Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von unserer Bundesregierung.

Deutschland muss sich klar und eindeutig zur Stahlindustrie bekennen und dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen, gerade auch in der EU.

Wir brauchen eine klare Positionierung unserer Bundesregierung in Brüssel!

Für den Stahl und für die Zukunft!